

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark neu aussehend. Unter Streifen im In- und Ausland 5.00 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Kraut- und Wurmkunde“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Wiss in die Arbeiterwelt“ und „Kulturarbeit“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die kleinste Anzeilenzeile 80 Zeilen, 10 Zeilen breit, 10 Zeilen hoch. — Reichsmark. „Reine Anzeigen“ das leistungsfähigste Wort 25 Pfennig (außerhalb zwei leistungsfähige Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 2, wochentlich von 6 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 14. September 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin 37 134 — Bonn: Postamt 1, Postfach 100, Postfach 100
und Bremen, Wallstr. 64; Wiesbaden: Postfach 100, Postfach 100

Keden über Abrüstung.

De Brouckere — Paul Boncour.

V. Sch. Genf, 13. September. (Eigenbericht.)

Der Abrüstungsausschuss hatte heute einen großen Tag. Nicht allein die Ueberfüllung des Zuhörerraums ließ von vornherein erkennen, daß eine wichtige Debatte geführt würde —, auf der hintersten, für das Publikum bestimmten Stuhreihe, saß, halb erdrückt von den immer neu hinzuströmenden Pressevertretern und den Neugierigen, Briand. Dem galt dieser seltsame Besuch des französischen Außenministers als Zuhörer in einer Ausschusssitzung? Man erfährt es bald. Heute sollte auch Paul Boncour das Wort ergreifen.

Zunächst sprach Genosse de Brouckere. Immer wieder verfuhr dieser überzeugte Sozialdemokrat, den Gedanken der Abrüstung vorwärts zu treiben. Unermüdetlich ist er bestrebt, den verfahrenen Karren wieder in die richtige Bahn zurückzubringen. Auch heute, wo der Pessimismus allgemein und wo alle ratlos sind, nach dem Chamberlain

das englische Veto gegen jeden Ausbau des Sicherheitsgedankens

nach einmal verkündet hat, will de Brouckere den Kampf für dieses große Ziel aufnehmen. Da England nicht weiter gehen wolle als der Völkerbundspakt, solle man wenigstens versuchen, aus dem Pakt alles herauszuholen, was darin enthalten sei und bisher nicht vermerkt wurde.

Und nun zeigte de Brouckere den erlauteten Zuhörern, daß § 8 des Art. 8 des Statuts die einzelnen Nationen verpflichte, von sich aus, ohne eine allgemeine Abrüstungskonvention abzuwarten, ihre Rüstungen einzuschränken. Ist das geschehen? In einzelnen Ländern zum Teil ja, in anderen Ländern, ja stellte de Brouckere fest, ist man leider den umgekehrten Weg gegangen. Wie sieht es mit dem in dem Artikel 8 angeführten Verbot der privaten Waffenfabrikation? Was ist aus der Konferenz geworden, die man über diese Spezialfrage einberufen wollte? Und wie wird die

im Artikel 8 vorgelehene gegenseitige Unterrichtung der Völkerbundsmitglieder über den Stand ihrer Rüstungen

gehandhabt? Warum ist der im Artikel 9 vorgelehene ständige Ausschuss zur künftigen Unterrichtung des Rates über die Rüstungen nicht gebildet worden? Sollte man diese Aufgaben nicht auf andere Menschen übertragen, als ausschließlich Generäle, Admirale und Fliegeroffiziere?

Und so führt de Brouckere eine ganze Reihe von weiteren Beispielen an, aus denen sich ergibt, daß durch eine gründliche und sinnvolle Anwendung des Völkerbundsstatuts sich schon einige Fortschritte erzielen ließen, wenn auch entscheidende Taten einstweilen nicht in Aussicht stehen.

Man merkt es dem Genossen de Brouckere an seinem bitteren Ton an: er hat seinen südländischen Geist in den Dienst einer guten Sache gestellt, aber er ist sich dessen bewußt, daß seine Bemühungen einstweilen vergeblich sind. „Und doch“, so schließt er:

Der Tag der Abrüstung wird kommen, dessen bin ich sicher, — wenn nämlich die Völker begriffen haben werden!

Sokal begründet sodann den polnischen Antrag, der dem Abrüstungsausschuss überwiesen ist. Er dankt mit etwas auffälliger Nachdruck für die Unterstützung, die er in den Reden Stresemanns und Briands in der Vollerversammlung gefunden hat, weil beide den großen moralischen Wert einer Kundgebung gegen jeden Angriffskrieg unterstrichen hätten. Er erstreckt diesen warmen Dank auch auf Chamberlain —, und ein jeder lacht sich dabei ein. Dann aber wendet er sich der Rede Scialojas zu, der den polnischen Antrag als höchst überflüssig und nichts sagend bezeichnet hatte. Die Entgegnung Sokals war sehr reichlich und geistreich. Sokal zitierte eine Rede desselben Scialoja aus dem Jahre 1923, in der er hieß, man würde dem Artikel 10 des Völkerbundsstatuts seine Befestigung zerstören, wenn man betonen würde, daß ihm die juristischen Sanktionen fehlen; sein wirklicher Wert läge daher, daß diese Grundzüge in der Zukunft einen Bestandteil des Gewissens der Nationen bilden werde. Dann würden diese Grundzüge mehr als einen juristischen Wert haben, denn das moralische Gewissen sei mehr wert als das Recht. Unter allgemeiner Heiterkeit sagt Sokal ironisch hinzu: „Sokal hat einen guten Teil der Argumente, die seinen Vorschlag inspiriert haben, aus dieser Rede Scialojas entnommen.“ Die Heiterkeit steigert sich, als Sokal das Beispiel Scialojas von dem langsamen Fortschreiten des Evangeliums aufgreift und darauf hinweist, daß die Vorkämpfer aus den zehn Geboten „Du sollst nicht töten“, zur Grundlage der Moral, des Rechts und sogar des Strafrichters geworden sei, und doch hätten die zehn Gebote keinerlei veräußert, eine strafrechtliche Bestimmung des Todes hinzuzufügen, was eine offenkundige juristische Lücke gewesen sei.

Am späten Nachmittag erhielt Paul Boncour das Wort. Er ist der jüngste Redner, den die sozialistische Partei Frankreichs seit Jaurès in ihren Reihen zählt. Aber noch deutlicher als bei Briands Rede in der Vollerversammlung drängte sich am Schluß

des rethorischen Meisterwerks Paul Boncour die Frage auf: was hat er eigentlich zu sagen und was schlägt er vor? Der erste Teil dieser Frage läßt sich schon eher beantworten. Boncour hat sich gegen den allgemeinen Pessimismus gewandt, mit dem man die bisherigen Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission zu betrachten geneigt ist. Er wendet sich insbesondere gegen jede Verquickung der gescheiterten maritimen Dreimächtekonferenz mit der allgemeinen Abrüstungskonferenz, die der Völkerbund vorbereitet.

Die vorbereitende Abrüstungskonferenz habe den Schwierigkeiten nicht ausweichen, sondern lieber die Gegensätze zwischen den Standpunkten einzelner Mächte offen aufzeigen wollen,

als die allgemeine Konferenz an diesen Schwierigkeiten scheitern lassen, was eine Katastrophe geben würde. Eine der Hauptschwierigkeiten, auf die man gestoßen wäre, sei das ungelöste Sicherheitsproblem gewesen. Letzteres sei die Kernfrage der Abrüstung. Dieses Thema entwickelte Boncour sehr ausführlich mit außerordentlicher Berechnung, aber — das muß man als deutscher Sozialdemokrat mit aller Offenheit und ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit Paul Boncour betonen — durch aus nicht überzeugend.

Wir deutschen Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß die Frage der Sicherheit für Frankreich, wenn auch noch nicht gelöst, so doch zum größten Teil durch die Verträge von Locarno bereits gelöst ist. Was weiter zu tun wäre, das ist auf der Luxemburger Konferenz, an der auch Paul Boncour teilnahm, gemeinschaftlich von den französischen, englischen, belgischen und deutschen Genossen gezeugt worden. Es ist leider unbestreitbar, daß die

deutschen Nationalisten alles tun, um den französischen Militaristen das Argument zu erleichtern, daß durch Locarno die Sicherheitsfrage in keiner Weise gelöst werde.

Aber wir können uns unmöglich die These Boncour zu eigen machen, daß die Abrüstung die Regelung des Sicherheitsproblems zur Voraussetzung habe. Wir halten es mit dem Hori, das Genosse Leon Blum auf dem internationalen Kongreß von Marseille im August 1925 prägte, in dem er unter einmütigem Beifall die Parole „Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung“ ableschte und durch die sozialistische Parole ersetzte: „Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit durch die Abrüstung.“

Wenn noch das Sicherheitsproblem gegenwärtig lösbar erschiene, dann könnte man zur Not die Formel Boncour hinnehmen. Aber Boncour stellte selbst mit Bitterkeit fest, daß das Genfer Protokoll von 1924 einstweilen infolge des Widerstandes Englands nicht verwirklicht werden könne. „Wir stehen vor einer Mauer“, rief er fast verzweifelt aus, „was nun?“ Soll man abwarten, bis die „dünnere Atmosphäre von 1924“, von der der Redner unter Anspielung auf die damalige Arbeiterregierung in England sprach, wieder hergestellt ist? Boncour versuchte nun einen Ausweg wenigstens anzudeuten; die Andeutung war zwar wortreich, aber nicht sehr klar. Soweit man aus seinem Gedanken, den er anscheinend selbst noch nicht völlig durchdacht hat, klug werden konnte, scheint Boncour daran zu denken, Sicherheitspakte ohne England zwischen all den Staaten zu empfehlen, die die Grundzüge des Völkerbunds anerkennen. Meint er damit, regionale Nichtangriffspakte oder ein kontinentales Sicherheitsprotokoll? Vielleicht weiß er es selbst noch nicht, vielleicht wollte er aber zunächst den Wiederhall seiner Andeutungen bei den übrigen Delegationen abwarten, ehe er die französische Delegation auf einen bestimmten Vorschlag festlegte. Seine Ausführungen werfen jedenfalls

eine Fülle von äußerst schwierigen und komplizierten Problemen auf, die vielleicht schon auf der Konferenz der Locarnomächte in Genf zur Sprache kommen können.

Paul Boncour ist trotz alledem überzeugter Sozialist. Er ist während des Krieges zur Partei gekommen, er hat ihr sein großes politisches Talent zur Verfügung gestellt und hat für sie persönliche Opfer gebracht. Aber in militärischen Fragen ist er unter den Sozialisten ein Eingänger.

Primos „Nationalversammlung“.

Der König stimmt der Parlamentsfarce zu.

Madrid, 13. September.

Der König hat seinen Widerstand gegen den Plan einer sogenannten „Nationalversammlung“ aufgegeben. De Rivera hat ihm die Unterschrift unter den morgen zu veröffentlichenden Erlaß abgepreßt.

Die „Nationalversammlung“ soll keine gesetzgebende Körperschaft, kein Parlament sein, sondern Befehle nur begünstigen dürfen. Die überwiegende Mehrheit der 360 Mitglieder wird von der Regierung ernannt; nur die Städte entsenden selbstgewählte Vertreter. Der Präsident der Versammlung wird ebenfalls ernannt. Sie wird zunächst auf drei Jahre einberufen, bis „zur Rückkehr zu normalen Verhältnissen“.

Die Klärung in Edinburg.

Ein Nachwort zum englischen Gewerkschaftskongreß.

E. W. Edinburg, 9. September.

Nichts konnte für die Wandlung, die sich in den Köpfen der Führer der britischen Gewerkschaftsbewegung vollzogen hat, bezeichnender sein als die Rede, mit der der bisherige Jahrespräsident der Gewerkschaften den diesjährigen Kongreß eröffnet hat. An Stelle jenes Wortradikalismus, der die kontinentale Arbeiterbewegung in den vergangenen Jahren vor immer neue Rätsel gestellt hatte, ist eine nüchterne Schilderung der gegenwärtigen Lage getreten. Es war eine Rede, die keine Illusionen zu schaffen suchte, und selbst vor dem Hinweis auf die Notwendigkeit des Ausbaus der gemeinsamen Verhandlungen und Beratungen mit den Unternehmern nicht zurückschreckte. Während noch vor drei, vor zwei Jahren kontinentale und britische Gewerkschaften eine verschiedene Sprache zu sprechen schienen, enthielt die Edinburger Eröffnungsrede nichts, was nicht auf jedem anderen europäischen Gewerkschaftskongreß hätte gesagt werden können. Mit Ausnahme der Worte über und an Rußland, in denen hiels die von den Russen gegenüber der englischen Arbeiterbewegung beliebten Methoden, wenn auch nicht billigte, so doch mit den Leiden und Verfolgungen, denen die russischen Führer in der Vergangenheit ausgelegt waren, zu entschuldigen suchte.

Aber selbst dies Bekenntnis seines Präsidenten hat der Kongreß später durch seine Entscheidung in der anglo-russischen Frage widerrufen! Die in der Rede zutage tretende Wandlung ist bemerkenswert; hiels war und ist „linker Flügel“ des Generalrats; er war, ohne Parteikommunist zu sein, einer der Wortkämpfer der Agitation für die „Einheitsfront“, einer der leidenschaftlichsten Verteidiger des Gedankens der anglo-russischen Zusammenarbeit. Selbst als bloß persönliche Wandlung wäre diese Abkehr vom Radikalismus bemerkenswert.

Aber es handelt sich um mehr: um einen Spiegel der Wandlung, die sich in gesamten Generalrat der Gewerkschaften (mit Ausnahme der beiden unbelehrbaren Swales und Purcell) und, wie der Kongreß deutlich zeigte, in der Masse der Funktionäre selbst vollzogen hat. Dies kam bei der Erörterung der Beziehungen zur „Minderheitenbewegung“ und später bei der Entscheidung über die anglo-russischen Beziehungen unmissverständlich zum Ausdruck.

Die Beziehungen zur kommunistischen Zellenbauer, waren schon seit längerem gespannt. Bereits Ende 1925 hatte der Generalrat sich dahin ausgesprochen, daß die Wege und Ziele der Minderheitenbewegung mit denen der offiziellen Gewerkschaftspolitik unvereinbar seien. Dieser rein akademischen Erklärung war im Januar 1927 eine Entschiedenheit der Generalrats gefolgt, wonach gewerkschaftliche Ortskartelle, die sich der Minderheitenbewegung angeschlossen hätten, keinerlei Anerkennung vom Generalrat finden“ dürften.

Der vorjährige Gewerkschaftskongreß hatte die wachsenden Bedenken der Funktionäre über die Agitation und Betätigung der Minderheitenbewegung schon dadurch erkennen lassen. Klarheit hat erst Edinburg geschaffen. Nach einer Diskussion, in der die Verteidiger der Minderheitenbewegung keinerlei Resonanz mehr fanden, hat der Kongreß mit überwältigender Mehrheit gegen die Minderheitenbewegung entschieden.

Damit war zwar im Innern die nötige Klarheit geschaffen. Es sollte jedoch zu Beginn des Kongresses scheinen, als ob der Generalrat einer sehnlichen Klärung nach außen hin, in den Beziehungen zu den Russen, ausweichen wünschte. Er hatte sich zu sehr mit der anglo-russischen Bewegung identifiziert, als daß es ihm hätte leicht werden können, hier mit derselben Konsequenz vorzugehen. Ein Teil des Generalrats hoffte noch immer, daß die Russen, vor die Entscheidung gestellt, den Abbruch des anglo-russischen Komitees zu riskieren oder das englische Prinzip der absoluten Nichtemischung anzuerkennen und damit das „Gemeinsame Komitee“ zu retten, das letztere wählen würden.

Da traf, pünktlich, wie vorausgesetzt, zum Kongreß die russische Antwort auf das Memorandum der Engländer ein. Sie enthielt nicht nur beispiellose Beschimpfungen der englischen Führer — das hätte man schließlich noch geschluckt; sondern sie stellte darüber hinaus wieder eine unmissverständliche Einmischung in die innere Politik der englischen Gewerkschaftsbewegung dar. Ja, noch mehr: die Russen proklamierten in dieser Antwort die Einmischung geradezu als ihr „heiliges Recht“.

Das brachte das Gefäß zum Ueberlaufen. Mit einer einzigen Ausnahme beschlossen alle großen Gewerkschaften in Fraktionsitzungen, unter solchen Umständen die anglo-russischen Verhandlungen abzubrechen, und der Kongreß nahm mit einer riesigen Mehrheit den Vorschlag des Generalrats an, die Verhandlungen mit dem allrussischen Gewerkschaftsrat als beendet zu betrachten, „so lange ihre gegenwärtige Haltung und Politik andauert“. Dieser Zusatz kommt

Beschlüsse der Internationale.

Fort mit der Todesstrafe! — Rein Beitritt zur Antikolonialliga.

Brüssel, 13. September. (Eigenbericht.)

Die Exekutive der Sozialistischen Internationale hat in der Nacht zum Dienstag ihre Tagung beendet. In ausführlicher Diskussion wurde auf Anregung von Brodway-England zu der „Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung“ Stellung genommen. Billis-England, Weis-Deutschland, Bauer-Oesterreich und Sekretär Adler legten die Zusammenhänge zwischen dieser Liga und der Moskauer Internationale dar und wandten sich gegen das neue Einheitsfrontmanöver, das auf dem Wege über diese Liga versucht wird. Brodway erklärte, daß die englische Arbeiterpartei im Hinblick auf diese Aufklärung Abstand nehme, der Liga beizutreten. Hierauf wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale ist erfüllt von wärmster Sympathie für die Völker, die den Kampf gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung führen. Sie wird ihren Kampf nach wie vor aufs energischste unterstützen und alles, was in ihren Kräften steht, daran setzen, die engste Fühlung mit dem nationalen Programm dieser Völker aufrechtzuerhalten. Ihre Hauptaufgabe sieht die Sozialistische Internationale aber in der Gruppierung der proletarischen Elemente dieser Völker unter der Fahne des internationalen Sozialismus, nicht aber in der Schaffung einer neuen Organisation, die sich den Zweck setzt, diese Elemente in einer allgemeinen nationalen Bewegung aufgehen zu lassen oder diese nationale Bewegung den Interessen irgendeiner Macht unterzuordnen. Daher glaubt die Exekutive, daß es nicht die Aufgabe der Parteien der Sozialistischen Internationale sein kann, der sogenannten „Liga gegen den Imperialismus und koloniale Unterdrückung“ beizutreten.

Die Exekutive hörte ferner den Bericht der Kolonialkommission der Sozialistischen Internationale, den Bliegen-Holland erstattete, und den Bericht der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen an, über deren Konstituierung und erste Arbeiten Crispian-Deutschland referierte. Die Anträge beider Berichterstatter wurden einstimmig zum Beschluß erhoben. Im Namen der Kommission für die politischen Gefangenen brachte Kleereoper-Holland eine Resolution ein, die unter Berücksichtigung von Abänderungsanträgen von Longuet-Frankreich, Radigant-Stollen und Zerelli-Georgien in folgender Fassung einstimmig angenommen wurde:

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ist erschüttert von dem an Sacco und Vanzetti, den Opfern einer unerbittlichen Klassenjustiz, verübten Justizmord, von den Hinrichtungen im Kolonialgebiet der Niederlande, die vollzogen werden, obwohl im Mutterlande die Todesstrafe schon seit 1877 nicht mehr besteht, von den zahlreichen in Georgien und in China vollzogenen Hinrichtungen und über die Wiedereinführung der Todesstrafe in Italien, die bestimmt ist, besonders die politischen Verbrecher zu treffen. Sie erklärt, daß es eine dringende Forderung der Zeit ist, die Todesstrafe überall da aus den Gesetzen zu entfernen, wo sie noch besteht. Sie fordert die parlamentarischen Vertreter des Sozialismus auf, in jenen Ländern, in denen die Todesstrafe noch besteht, für ihre völlige Aufhebung im Parlament einzutreten, und fordert die Arbeiterklasse auf, diese Forderung im Namen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu unterstützen.

Die Beratung dieser Entschlüsse war so eingehend, daß erst am frühen Morgen diese Exekutivtagung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beendet werden konnte.

Bundesausschussführung des ADBG.

Einer Einladung des Magistrats der Stadt Magdeburg folgend, hat der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die 9. Ausschussführung des ADBG. nach Magdeburg einberufen. Der Bundesausschuss tagte in der neuen Stadthalle. Oberbürgermeister Genosse Reims begrüßte im Namen der Stadtverwaltung mit herzlichen Worten den Bundesausschuss. Leipziger sprach den Dank des Bundesausschusses für die freundliche Begrüßung aus. Sodann erstattete er den Bericht des Bundesvorstandes.

Der Bundesvorstand wird eine Konferenz der Arbeitersekretäre einberufen, und zwar vom 26. bis 28. September nach Frankfurt a. M. Die Konferenz wird sich mit dem Besonderen in der Unfall- und Invalidenversicherung, den Arbeitsgerichten und der Arbeitslosenversicherung beschäftigen. Für die Krankenkassenwahlen hat der Bundesvorstand erneut eine besondere Broschüre als Wohnanleitung herausgegeben. Leipziger verwies noch auf die Konferenz der Bezirkssekretäre, die kürzlich stattgefunden hat. Der Bau und die Organisation der beiden geplanten

Bundeschulen

erfordert die Anstellung einer neuen Kraft, eines Bildungssekretärs, dessen Aufgabe darüber hinaus die Förderung der Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften, insbesondere der Verbände, die keine eigenen Schulen haben, sein wird. Die Oberleitung des ganzen Schulbetriebs soll in der Hand des Bundesvorstandes, in erster Linie des neuen Bildungssekretärs liegen. Der Bericht des Bundesvorstandes wurde einstimmig genehmigt.

Sodann erstattete Genosse Raphael Bericht über die Arbeiten der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, die eine gemeinsame Einrichtung der Gewerkschaften, der Partei und der Genossenschaften ist.

Schlüsse gab eine Darstellung der Gründe, die zu Meinungsverschiedenheiten der Verbände über die

Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen

führen. Er erinnerte daran, daß zur Vermeidung solcher Meinungsverschiedenheiten viel beigetragen werden kann, wenn die Bestimmungen der Bundesabstimmungen über die Führung von Lohnbewegungen und über Tarifabschlüsse in Gebieten und Betrieben, an denen mehrere Organisationen beteiligt sind, von vornherein sorgfältigste Beachtung finden. Leider seien die Gedanken dieser Bestimmungen noch nicht in die Verbandsabstimmungen aufgenommen worden, obwohl § 55 der Bundesabstimmung diese Uebernahme fordert. Daher erinnert der Bundesvorstand daran, daß die Bestimmungen der Bundesabstimmungen streng innegehalten werden müssen. Ferner schlägt der Bundesvorstand vor, daß Anträge auf Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen nur im Einvernehmen aller beteiligten Verbände gestellt werden mögen. Ergeben sich hierbei Meinungsverschiedenheiten, so soll der Bundesvorstand schlichtend eingreifen. Nach einer kurzen Debatte schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Das Pariser Attentat.

Faschistengemeinschaft ist schuld daran.

Paris, 13. September.

Der Mörder des italienischen Botschafters Ruffini hat seine Identität angegeben. Er heißt Sergio di Rodugno und ist 1902 in Serrignola in Italien geboren. Er war im Paris seit drei Jahren als Maurer beschäftigt. Diese Angaben hat er schriftlich gemacht, da er behauptet, durch die gestrigen erhaltenen Aufschlüsse eine Zungenlähmung erlitten zu haben, die ihn am

Sozialdemokratie gegen Schulreaktion

Stellungnahme der Berliner Parteifunktionäre.

In einer Konferenz der Funktionäre unserer Partei sprach gestern abend Genosse Dr. Böwenstein über:

„Der Kampf um das Reichsschulgesetz.“

Auf dem Dortmunder Katholikentage beherrschten nicht die fortschrittlichen Leute das Feld sondern Sozialreaktionäre wie Dr. Seipel. Der Beweis wurde erbracht, daß nicht der Fortschritt, sondern Klerikalismus

sozialer Rückschritt im Zentrum die Oberhand

haben sollen. Wenn auch die Sozialdemokratie die Religion als Privatangelegenheit ansieht, so hat Dr. Seipel in Dortmund erklärt, daß schon durch die Ansetzung des Privatbesitzes die Religion in Gefahr gerate. Man kann schlecht religiöse Vorstellungen schärfer in den Dienst klassenkämpferischer Ideologie stellen, wie es hier Dr. Seipel mit scharfer Wendung gegen die Sozialdemokratie tat. In Konsequenz dieser Stellungnahme wurde dann auch auf dem Katholikentage erklärt, daß in den Fragen der Schule und der Erziehung nicht der Staat, sondern die Bischöfe zu bestimmen hätten. Ein Staatswesen, das eine starke soziale Entwicklung hat, kann nicht darauf verzichten, das Erziehungsrecht von sich aus zu beeinflussen.

Wir stellen gegen das Erziehungsrecht der einzelnen das Erziehungsrecht der Gesellschaft, weil sie die höchste organisierte Gemeinschaft einzelner ist.

In das Erziehungsrecht der Schule können nach der Verfassung die Erziehungsberechtigten nur in zweifacher Hinsicht eingreifen, wobei die Abminderung von dem Religionsunterricht die vornehmste ist. Jedoch kann die Erziehungsberechtigung der Familie von uns nicht voll anerkannt werden, weil das „Recht der Familie“ das schlimmste Kleinbürgerrecht darstellt. Im Widerspruch zu den Bestimmungen der Verfassung steht der Reichsschulgesetzentwurf Neudells die Gleichstellung aller drei Schularten vor. Die Befreiung, sowohl wie die Gemeinschafts- und weltliche Schule sollen „auf Antrag“ errichtet werden können. Das widerspricht den Bestimmungen der Verfassung. Für uns ist besonders wichtig, daß durch den Entwurf

von vornherein zugunsten der Bekenntnisschulen

entschieden wird. Gewiß können nur auf Antrag der Eltern Bekenntnisschulen errichtet werden, aber man kann nach dem Entwurf mit einem Federstrich diese freie Meinungsäußerung der Eltern unwirksam machen, indem bestehende Bekenntnisschulen als solche bestehen bleiben, selbst wenn die Kinder dieser Schulen am Religionsunterricht nicht teilnehmen. In Preußen können auf diesem Wege neun Zehntel aller Schulen Bekenntnisschulen bleiben. Die Umwandlung einer solchen Schule in eine weltliche kann nach dem Entwurf nur geschehen, wenn zwei Drittel der Elternschaft die Umwandlung in eine weltliche oder Regelschule beantragen. In Zukunft wird also diese Umwandlung auch in Berlin außerordentlich erschwert werden, denn die Anträge werden nur im Schulmahlstab gelten. Man hat aber auch Vorsorge getroffen, daß neue Schulen entstehen können. Auf Antrag von 40 Eltern können neue Schulen errichtet werden. Dabei hat aber die Regierung das Erziehungsrecht, und wenn sie entscheidet, daß ein Bedürfnis nicht vorliegt, so wird es schwer sein, neue Schulen, besonders weltliche, zu schaffen.

Alle religiösen Sekten haben also die Möglichkeit, eigene Schulen zu bekommen, während eine Umwandlung der bestehenden Bekenntnisschulen in weltliche oder Regelschulen nur auf Antrag von zwei Dritteln der Elternschaft möglich sein soll.

Selbstverständlich bedeutet eine Zersplitterung des Schulwesens eine außerordentliche finanzielle Belastung für Staat und Kommunen. Hamburg wird etwa 2 Millionen Mark jährlich mehr für Splitterschulen ausgeben müssen, ohne daß das Niveau der Schulen gehoben werden kann. In dieser Hinsicht hat aber die Masse des Volkes das größte Interesse.

In der Bekenntnisschule soll nicht nur beim Religionsunterricht, sondern in allen Fächern im Sinne der Religion und des Glau-

bens erzogen werden. Das heißt also, daß moderne Schulwissenschaft, moderne Naturwissenschaft und moderne Geschichte keinen Platz finden. Selbst die Kinder, die vom Religionsunterricht befreit sind, werden also in allen Fächern nach den Grundlagen christlichen Glaubens erzogen werden. Auch in der Regelschule soll noch in allen Fächern nach „religiös-ethischen Gesichtspunkten“ Unterricht gegeben werden. Es ist das zwar eine liberalere Auffassung, die aber dennoch nicht befriedigen kann. Das ist die Schule nach dem Willen der Volkspartei.

Verhältnismäßig gut ist in dem Entwurf

die weltliche Schule

hineingekommen. In ihr können alle Kinder von allen Lehrern unterrichtet werden. Das entspricht durchaus unserer grundsätzlichen Auffassung. Wir wollen keine Parteschulen, sondern eben Schulen für alle Kinder des Volkes, so wie wir unsere Politik nicht nur für Sozialdemokraten, sondern für das Volk, für die Allgemeinheit machen!

In den Samschulen hat sich ein neuer Geist gebildet, der sie mustergültig in den Fragen der Reformpädagogik sein läßt. Der Entwurf will allerdings die weltlichen Schulen auch zu „Weltanschauungsschulen“ machen, während wir Sozialdemokraten keine neue weltanschauliche Dogmatik haben, sondern die Schule nach den Bedürfnissen des sozialen Lebens formen wollen.

In die Verwaltungen des Schulwesens

sollen nach dem Entwurf alle Vertreter eines religiösen Bekenntnisses berufen werden. Dabei sollen dann noch diese „geistlichen“ Vertreter in den Fragen aller Schulen mitbestimmen sein, d. h. der Baptistenvertreter oder der Katholik, oder der Rabbiner wird auch über die Bedürfnisse der weltlichen Schulen zu bestimmen haben. Neben den staatlichen Schulaufsichtsbeamten wird in Zukunft noch ein von den Religionsgesellschaften vorgeschlagener und vom Staat sanktionierter Aufsichtsbeamter kommen. Daneben kommt dann noch ein „Beauftragter“ der Religionsgesellschaften, der den Gesamtunterricht daraufhin zu kontrollieren hat, ob er auch „im Sinne christlicher Anschauung“ erteilt wird. Dieser „Beauftragte“ hat das Recht, die Vernehmung eines Lehrers zu verlangen, der nach seiner Auffassung diese Bedingung nicht erfüllt. Der Staat wird also zum Hüter der Religionsbeauftragten degradiert. Gerade gegen diese Bestimmung hat sich in Lehrerkreisen eine starke Aufregung gezeigt.

In vielen Städten haben sich außerordentlich hohe Prozentsätze der Lehrerschaft dafür erklärt, bei Geschwörung des Entwurfes den Religionsunterricht niederzulegen.

Auch diese Aufsichtsbestimmungen widersprechen der Verfassung. Ob aber der Widerstand dagegen bei den „liberalen“ Parteien vorhalten wird, ist stark zu bezweifeln. Allein von der Ausrüttelung der öffentlichen Meinung ist ein wirksamer Protest gegen das reaktionäre Schulgesetz zu erwarten. Das Beispiel des Protestes gegen das Schund- und Schmutzgesetz und gegen das Lustbarkeitssteuergesetz für die Jugendlichen gibt uns gute Hoffnung, auch bei der Beratung des Reichsschulgesetzentwurfes mit den reaktionärsten Bestimmungen brechen zu können. In Kulturfragen brauchen wir weder dem Liberalismus noch dem Merkantilismus irgendwelche Konzessionen zu machen. Unser Kampf geht um die Erfüllung dessen, was in der Verfassung festgelegt ist — unser Kampf geht um die weltliche Schule, die wir zur Regelschule erheben wollen. Es ist kein Kampf um Religion, sondern ein Kampf um die kulturelle Höherführung der Arbeiterklasse! (Beifall)

Nach einer kurzen Aussprache und einem Schlußwort des Referenten teilte der Vorsitzende Genosse Kuntze mit, daß der erweiterte Bezirksvorstand einstimmig beschloffen habe, die Parteigenossen nur auf die Arbeit im Rahmen der Partei zu verpflichten und alle Mitarbeit bei allen sogenannten neutralen Komitees, hinter denen meist nur die Kommunisten stehen, abzulehnen.

Litauischer Sprachzwang.

Memel-Gemeindevertreter müssen litauisch können!

Memel, 13. September. (Mit.)

Der Kreisrat des Landkreises Memel hat beschlossen, dem Landesdirektorium ein Schreiben zu unterbreiten, in dem es heißt:

Von den in diesem Jahre gewählten Gemeindevertretern und Beamten sind verschiedene nicht befähigt worden, weil sie die litauische Sprache nicht beherrschen. Wir erblicken darin eine Härte gegen die alteingesessene deutschsprachige Bevölkerung. Denn es ist von den im Erwerbsleben stehenden hier in Frage kommenden Personen nicht zu verlangen, daß sie von heute auf morgen die litauische Sprache erlernen; durch diese Verordnung werden viele angehende und bewährte Leute von der Kommunalverwaltung ausgeschlossen zum Schaden von Gemeinde und Land. Daher halten wir es für wünschenswert, daß die genannte Verordnung noch auf längere Zeit ausgeschaltet wird oder daß ihr Uebergangbestimmungen hinzugefügt werden.

Der überaus bescheidene Ton dieses Protestes zeigt schon, unter welcher furchtbaren Last die Verfasser stehen und wie sie die Rache der Nachhaber bei einer schärferen Sprache fürchten. Das Vorgehen der litauischen Oberbehörde selbst ist eine zwar brutale, aber nicht weniger lächerliche Ueberspannung nationalistischer Herrschgier, Abteilung Staatsprache. Wäre das Litauische noch eine jener slavischen Sprachen, deren Bereich immerhin vom Böhmerwald bis an den Stillen Ozean reicht — aber es ist die vollkommen isolierte Sprache von gut gerechnet zwei Millionen Menschen, die sofort deutsch, russisch oder polnisch sprechen müssen, wenn sie ihre Landeshengrenze überschreiten; denn litauisch ist eben mit irgendwelchen Kenntnissen anderer Sprachen nicht einmal andeutungsweise zu verstehen. Wenn die erfolgreichen Putzschäufelinge dieses Splittersäckchens aber ihre „Staatsprache“ auch noch einem deutschen Gebiet aufzwingen, das ihnen nur angegliedert ist und unter international garantierter Selbstverwaltung steht, so müßte der Garant dagegen einschreiten, wenn er von Gerechtigkeitsinn besetzt wäre. Dieser Garant ist der Völkerverbund.

Hinrichtungen in Tauroggen.

Ein Standgericht in Tauroggen hat sechs Studenten erschließen lassen und fünf weltliche Personen zum Tode verurteilt.

Ein Polizeichef niedergeschossen.

Memel, 13. September. (Mit.)

Als der Polizeichef von Litauisch-Krottingen nachts die Posten am Rande des Ortes revidierte, schossen Unbekannte auf ihn und verletzten ihn schwer. Er ist bald darauf gestorben.

Die Ratsherrenwahl in Holland hat bis jetzt 36 Sozialdemokraten zu Stadträten gemacht, was ein bedeutender Fortschritt ist.

Fremdenhege in Frankreich.

Paris, 13. September. (Eigenbericht.)

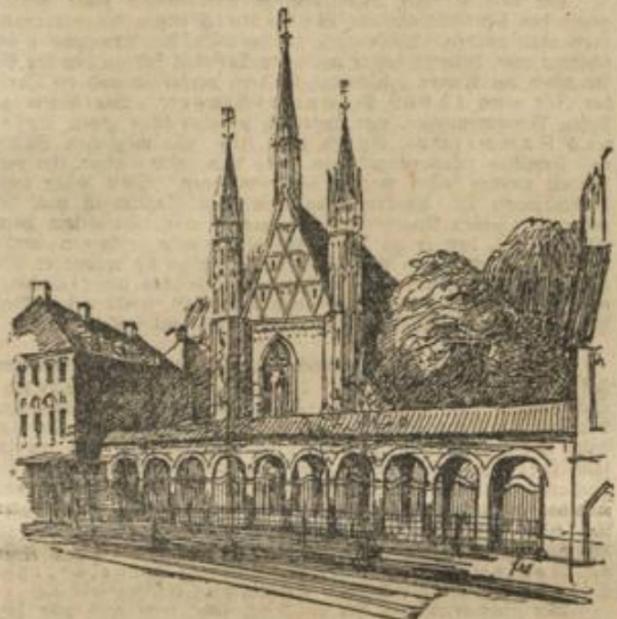
In den letzten Wochen hat unter dem Druck der reaktionären Elemente eine Ausländerhege in Frankreich und besonders in Paris eingesetzt. Es vergeht fast kein Tag und keine Nacht, ohne daß die Polizei Razzien in Paris und in der Provinz vornimmt und sämtliche Ausländer, die auch nur in geringster Weise gegen die Verordnungen und Vorschriften verstoßen, unheimlich über die Grenze abschiebt. Dieses Verfahren hat seit den Manifestationen zugunsten Saccos und Vanzettis und den danach von Kommunisten und Anarchisten verursachten Ausschreitungen eingesetzt mit der Begründung, Frankreich müsse von diesen ausländischen Elementen gesäubert werden. Daß man aber dabei unterschiedlos auch gegen politische Flüchtlinge vorgegangen ist, beweist die am Dienstag erfolgte Ausweisung mehrerer antifaschistischer italienischer Journalisten, die trotz ihrer Proteste binnen 24 Stunden über die belgische Grenze abgehoben wurden. Keinem von ihnen wurde der Grund dieser Maßregel mitgeteilt; u. a. wurden auch der Sekretär und der Schatzmeister der Vereinigung der bessarabischen Flüchtlinge ausgewiesen.

Die Linkspresse protestiert scharf gegen diese traffe Verletzung des Asylrechtes und fordert, daß mindestens die politischen Flüchtlinge aus Italien, unter denen zahlreiche Sozialisten und Republikaner sind, von der rigorosen Ausweisung verschont werden.

Die Türme fallen.

Gewaltige Mengen roter Dachziegel sind zu beiden Seiten des edlen, gotischen Portals der uralten Klosterkirche aufgestapelt...

Franziskaner bauten 1271 Kloster und Kirche auf einem Grundstück, das ihnen die Markgrafen Otto V und Albrecht III...



Die beiden angeklebten Ecktürme fallen.

Bei der Bedachung und Verzierung der Türme in ausgiebigster Weise verwendet wurde.

Die Bauteile des an die Kirche grenzenden Grauen Klosters waren mannigfachen Veränderungen unterworfen...

Die Silberschwärme

Von Rex Beach

Rechtlich verboten. Nachdruck verboten.

In Emersons Fabrik aber entstand plötzlich Panik, denn fünfzig Fischer hatten ihre Arbeit niedergelegt...

Emerson und Balt hatten die Nacht damit verbracht, um einen Ausweg zu finden und sahen noch am Morgen beieinander...

Wir haben Männer zu den anderen Fabriken geschickt, um Leute zu heuern...

Cherry nickte. „Die Leute werden nicht den Mut haben, Marsh zu verlassen...

„Ja!“

„Wieviele Boote habt ihr draußen?“

„Zehn.“

„Um Gotteswillen! Und am ersten Tage sind die Fischschwärme am zahlreichsten...

„Georg will jetzt hinüberfahren. Ich fürchte aber, daß es Marsh gegnügt sein wird, sie lahm zu legen.“

Cherry sah Emerson an, um sich zu überzeugen, wie er

das Graue Kloster. Mit astrologisch-ahmunistischen Studien beschäftigt, richtete er alsbald ein Laboratorium ein...

Der Kampf im Droschkengewerbe.

Was der Polizeipräsident sagt!

Der „Vorwärts“ teilte in der gestrigen Morgennummer den Beschluß des Polizeipräsidenten mit, gegen diejenigen Droschken vorzugehen...

Der Polizeipräsident, Genosse Jörgiebel, erklärte zu Beginn seiner Ausführungen, daß er es sehr bedauere, daß der Kampf im Droschkengewerbe Formen angenommen habe...

Baurat Schuppan von der Abteilung IIa kennzeichnete die bisherigen Verhandlungen mit den Kraftdroschkenbesitzern. Er wies darauf hin, daß der Polizeipräsident bereits im Dezember 1924 erklärt habe...

diesen letzten Schicksalschlag ertrug. Sie wußte, daß bei den ungeheuren Kosten eine geringere Ausbeutung als die berechnete, Ruin bedeuten würde...

Cherry Malotte sandte einen unsicheren Blick über die strahlende Bucht. Gerade vor trieben die Fischerboote mit der Flut...

„Wenn Sie mir eine Ihrer Barkassen zur Verfügung stellen, will ich versuchen, Hilfe zu schaffen.“

„Auf welche Weise?“ fragte er hastig.

„Es ist nur eine unsichere Möglichkeit, aber ich möchte immerhin den Versuch machen.“

Er ging mit ihr zum Strande und half ihr ins Boot, winkte ihr Lebwohl und ging wieder ins Bureau...

Frazer fand seinen Freund im Bureau, in trübe Gedanken versunken. Zum erstenmal seit Wochen traf er Bond in solcher Stimmung an...

„Ihr Aufenthalt bei uns hat sich nicht sehr angenehm gestaltet“, sagte Herr Emerson.

„Das will ich auch nicht gerade behaupten“, antwortete unser Held...

„Ich mache mir nun einmal nichts aus Fischen.“

Klein-droschke. Baurat Schuppan erklärte, daß dem Polizeipräsidenten bisher keinerlei formulierte Vorschläge zur Neugestaltung der Tarife eingereicht worden seien...

Am Anschluß an diese Ausführungen erklärte Polizeipräsident Jörgiebel, daß die Kraftdroschkenbesitzer am gestrigen Dienstag vormittag um Aufhebung der bekannten Verordnung...

Aus dem Verlauf der Konferenz konnte man in der Tat den Eindruck gewinnen, daß der Polizeipräsident in jeder Hinsicht korrekt vorgegangen ist...

Der Frauenmord von Juist.

Aus dem Leben Mahr-Lori.

Zu dem Frauenmord bei Juist, zu dessen Aufklärung die Berliner Kriminalpolizei Hand in Hand mit der Staatsanwaltschaft von Aurich arbeitet...

Zur Zeit, als in Algier der Film „Die Frauengasse von Algier“ gedreht wurde, hielt er sich dort auf und betätigte sich als Radiotechniker...

Das Boot ging jedoch unter, ein Passagierdampfer nahm die beiden Insassen auf und brachte sie an ihr Ziel. Im Mai d. J. knüpfte der Ingenieur Beziehungen zu einem Mädchen in Berlin an...

„Das ist nur ein Vorteil, der Fisch ist ein edles Tier,“ erklärte Herr Emerson.

„Er ist überhaupt kein Tier,“ berichtigte unser Held, „er ist ein zweibeiniges Geschöpf, ohne Liebe für Heim und Kinder.“

„Diesen Gesichtspunkt,“ sagte Herr Emerson, „habe ich noch nicht ins Auge gefaßt, doch räume ich gern ein, daß jedes Geschäft seine Schattenseiten hat.“

„Was Sie wollen,“ bemerkte der hübsche Gast, „kopfstehen, Seiltanzen, nur nicht fischen.“

„Aber es ist dunkle Nacht draußen und der Fuchs braut im Moor!“

„Das ist wahr! Was aber wird aus jenem schönen jungen Mädchen werden —“

Bei diesen Sätzen, die er schon einmal gehört hatte, wurde Emerson aufmerksam und mußte über Frasers ernsthafte Pantomime lachen.

„Bin ich denn so schlimm?“ fragte er mit dem Versuch liebenswürdig zu sein.

„Du bist noch viel schlimmer, Bond! Ich bin überzeugt, du hättest von meiner Anwesenheit überhaupt keine Ahnung.“

„Das ist wahr. Wie ging es übrigens mit dem schönen Mädchen und ihren Schwierigkeiten? Wie endigt die Geschichte?“

„Ich weiß nicht. Weiter als bis zu diesem Punkt bin ich nie gekommen.“

Bond, der aus dem Fenster geblickt hatte, sah jetzt Clyde auf das Haus zukommen und im nächsten Augenblick trat er in die Tür.

„Allmächtiger!“ begann der junge Gesell, indem er sich in den nächsten Stuhl warf...

„Die Fische, die wir fangen, durch unsere kleine Mannschaft verarbeiten lassen,“ sagte Bond.

„Wir werden eine Menge Geld verlieren.“

„Wahrscheinlich.“ (Fortsetzung folgt.)

Neue Wege der Gasfernversorgung?

Die Gründung von Provinzialgesellschaften. — Dunkle Kräfte und Mittel.

Das Riesensystem der schweren Industrie an der Ruhr, die gesamte deutsche Gasversorgung von der Ruhr aus durch Strecken- und Ringleitungen zu organisieren und die Gasrente aus der öffentlichen in die private Hand hinüberzuspielen, hatte bekanntlich in diesem Sommer eine schwere Krisis zu überstehen. Der Deutsche Verein der Gas- und Wasserfachmänner gab sein schwerwichtiges Votum gegen die Ruhrpläne ab, die großen Städte, der Deutsche Städtetag selbst, kamen einheitlich zu dem Schluß, daß trotz der technischen Möglichkeit, die zentrale Ruhrversorgung Deutschlands aus Wirtschaftlichkeits- und Sicherheitsgründen zunächst abzulehnen sei. Die Städte Frankfurt und Köln haben aus der Situation den gebotenen Schluß gezogen und — unter sehr kennzeichnenden Weltausbrüchen der Schwerindustriellen Presse — Kohlenfelder gekauft. Die öffentliche Meinung überzeugte sich davon, daß die von den großen Städten propagierte gebietsweise Gruppenversorgung zur Erzielung noch größerer Wirtschaftlichkeit und zum Ausschluß besonders der agrarischen Gebietsteile die wirksamste und billigste Form der Ferngasversorgung sei. Inzwischen hat sich einiges geändert.

Die Gegendentschrift der Gasfachmänner

auf die erheblich bescheidener gewordene Schrift der Kohleerverwertungs-L.G. in Essen vom Juni 1926 liegt zwar noch nicht vor; sie wird aber nach unserer Information an der bisherigen grundsätzlichen Ablehnung nichts ändern. Auch die großen deutschen Städte sind der Ruhr nicht weiter entgegengetreten als bisher. Im Gegenteil, die Ablehnung des Großplans der Ruhr wird in der Tagespresse der Großstädte und in der Fachpresse von den verantwortlichen Gaswerksteilern weiter mit Nachdruck vertreten. Aber die Herren an der Ruhr haben ihr Verfahren und die Taktik gewechselt.

Dr. Bögl, der Herr der Vereinigten Stahlwerke und Aufsichtsratsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks, und Direktor Seipel der Kohleerverwertungs-L.G., der erfahrene Offener Spezialist in kommunalen Finanz- und Verwaltungssachen, haben nach dem Fiasco des Großplans ihr Blick bei den preussischen Provinzen, Land- und Stadtkreisen verlagert. Die Grundlage dafür ist das Besprechen, mit den Provinzen, Kreisen und Städten nur gemeinschaftswirtschaftliche Gesellschaften zu bilden, für die die Ruhr das Gas liefert, die aber die Abgabenehe und den Verkauf an den letzten Konsumenten in die eigene Hand nehmen. Der erste Versuch bei der Provinz Hessen-Nassau führte für die Ruhr zu keinem Ergebnis. Obwohl die „Bergwerkszeitung“, wie wir feinerzeit feststellten, entgegen der Wahrheit einen Erfolg der Kohleerverwertungs-L.G. konstatierte, wurden die Angebote abgelehnt und die Provinz Hessen-Nassau sprach sich für die interkommunale Gruppenversorgung durch städtische Gaswerke aus.

Westfalen und Rheinland.

In zwei anderen Fällen dagegen hatten Dr. Bögl und Direktor Seipel Zellerfolge. Zunächst wurde von den Stadt- und Landkreisen Westfalens eine „Ferngasversorgung Westfalens G. m. b. H.“ gegründet, um die Gasversorgung Westfalens „auf eine einheitliche Grundlage“ zu stellen. Zubringer da bei waren — sie verließen dem Vorgehen der Land- und Stadtkreise, auch eine gewisse Stärke — die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalens, ein rein öffentliches Unternehmen, das bisher schon einige Gebiete und Werke mit Kohlenfänger belieferte. Die Gründung wurde für die Interessen der Schwerindustrie in dem Augenblick praktisch, als die Provinzialverwaltung Westfalens im Einverständnis mit der „Ferngasversorgung Westfalens G. m. b. H.“ der L.G. für Kohleerverwertung das

Wegerecht auf den von der Ruhr gewünschten Provinzialstraßen freigab.

Dieser Schritt der Provinz Westfalen entbehrt nicht eines gewissen sensationellen Beigeschmacks, weil das Wegerecht die wichtigste Bausteine der öffentlichen Hand ist gegenüber dem Zugriff des privaten Ruhrkapitals, ihre Interessen zu verteidigen, und weil städtischen Großwerten die Ausdehnungsmöglichkeiten von den Provinzen beschnitten werden. Wie die „Bergwerkszeitung“ mitteilt, sollen nun die ersten Gasleitungen über Aplerbeck nach Südwestfalen (Bennet) gelegt werden, wobei die Abzweigleitungen von der Ferngasversorgung Westfalens G. m. b. H. übernommen bzw. gebaut werden sollen. Schon hier fällt auf, daß das ganze Ausschlußrisiko für neue Absatzgebiete nicht bei den Leuten, sondern bei der öffentlichen Hand liegen wird. Es fällt auch auf, daß zwar von bindenden Angeboten der L.G. Kohleerverwertung die Rede ist, dagegen über den Inhalt der Angebote nicht das mindeste der Öffentlichkeit mitgeteilt wird.

Der zweite Erfolg der Ruhrherren wird aus der Rheinprovinz gemeldet. Auch dort ist nach dem Vorgang Westfalens zunächst eine Verteilungsgesellschaft gegründet worden, von der die „Bergwerkszeitung“ erwartet, daß Verhandlungen mit der L.G. für Kohleerverwertung bald aufgenommen werden. Wie weit diese Ge-

ellschaft gehen wird, steht noch dahin; die von den Großstädten, Landkreisen, kreisangehörigen Städten und Landgemeinden gegründete „Gesellschaft m. b. H., Ferngasversorgung Rheinprovinz“ hat den Zweck, „die gemeinsamen Interessen auf dem Gebiete der Ferngasversorgung in der Rheinprovinz zusammenzufassen“. Was sie tut, ist also noch offen. Geht es noch dem

Willen des Preussischen Landtags.

so sind ausdrücklich die Kommunal- und Staatsinteressen voranzustellen; das heißt, die Interessen der öffentlichen Hand denen des Privatkapitals entgegenzusetzen. So hat es wenigstens der zuständige Ausschuß des Preussischen Landtags der Staatsregierung zur Pflicht gemacht. Mühte deshalb schon die Übertragung des Wegerechts in Westfalen auffallen, weil dabei ohne Information der Öffentlichkeit über die gewährten oder erwarteten Vorteile die öffentliche Hand ihr wichtigstes Aktium aus der Hand gab, so muß bei der neuen Gründung Rheinprovinz der Jubel der „Bergwerkszeitung“ stußig machen, der in der an sich verständlichen

Teilnahme der Stadt Köln

an der neuen Gründung den Kohlenfelderkauf Köln-Frankfurt um seinen ursprünglichen Sinn gebracht sieht. Die „Bergwerkszeitung“ schreibt:

„Man darf gespannt sein, wie sich, nachdem die Dinge diesen Verlauf genommen haben, die Städte Köln und Frankfurt verhalten werden. Interessant ist die Teilnahme der Stadt Köln an der „Ferngasversorgung G. m. b. H. Rheinprovinz“. Es ist das als ein weiteres Zeichen der Fortschritte der Ferngaspläne anzusehen. Man muß danach den Kohlenfelderbesitz der Städte Köln und Frankfurt unter einem anderen Gesichtswinkel betrachten. Das Abheben der Schächte kann jetzt von den Erfahrungen abhängig gemacht werden, die die Stadt Köln mit der Ferngasversorgung machen wird.“

Daß hinter diesen diplomatischen Bemerkungen eine ganze Menge dunkler Dinge und Möglichkeiten steckt, liegt auf der Hand. Wie wir zuverlässig aus Westdeutschland erfahren, hat die L.G. für Kohleerverwertung Köln unter starkem Druck gesetzt, so daß Köln nicht nur eventuell bereit ist, sein Spitzengas von der L.G. für Kohleerverwertung zu beziehen, sondern sich auch wegen der Kohlenfelder mit der Kohleerverwertungs-L.G. in irgendeiner Form zu einigen.

Dabei seien der Stadt Köln große finanzielle Vorteile geboten worden.

Wir lassen dahingestellt, ob die Schwerindustrie dieselben Kohlenfelder, die sie erst gar nicht schlecht genug machen konnte, jetzt selbst erwerben will. Dafür spricht, daß Kölner Herren in Frankfurt gewesen sind, um Frankfurt für ihre Absichten zu gewinnen. Jedenfalls hat Frankfurt die Kölner Vorkläufe abgelehnt, so daß bei der gegenseitigen Bindung der beiden Städte Köln nicht einseitig vorgehen kann.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich, daß von der Schwerindustrie aus Kräfte am Werk sind mit dunklen und sehr gefährlichen Mitteln, die in unfairer Weise die freie Entscheidung der großen Städte, damit aber auch der Provinzen und des Staates zu inebeln suchen, und zwar gegen das Interesse der öffentlichen Hand. Was das Gefährlichste dabei ist, der Staat und seine Beamten scheinen, wie nehmen an unbewußt, ihre Hand dazu zu reichen. Wir wissen nicht, ob das preussische Handelsministerium, dessen wirtschaftspolitisches Referat jetzt dafür zuständig ist, die Bildung der Provinzialgesellschaften fördert. Wenn das aber der Fall wäre, und es käme zu Ergebnissen wie im Falle Köln, so würde dem Willen des Preussischen Landtags und dem Willen des Staatsministeriums damit entgegengehandelt.

Wir sind weit davon entfernt, dem spaltenlangen Jubel der „Deutschen Bergwerkszeitung“ eine besonders große Bedeutung zuzumessen. Wir halten es für möglich, u. U. auch für sinnvoll, daß die Ruhr, soweit es wirklich im Interesse der öffentlichen Hand liegt, das eigene Gebiet ebenso fernversorgt, wie es der interkommunale Gruppenplan für seine Gebiete tun soll. Aber es scheinen uns schon jetzt

große Gefahren für die öffentliche Hand heraufzuziehen.

Trotz aller platonischen Versicherungen kann nämlich die Ruhr ohne die Schlüsselstädte ihre Fernversorgung nicht wirtschaftlich gestalten. Es sei denn, die öffentliche Hand trägt das ganze Risiko und den ganzen Schaden. Auf der anderen Seite besteht aller Anlaß zu der Befürchtung, daß Staat, Provinzen und Kreise von Herrn Bögl über die Ohren gehauen werden. Bedauerlicherweise arbeitet die öffentliche Hand in Reich, Ländern und Gemeinden nicht zusammen, so daß buchstäblich die Rechte nicht weiß, was die Linke tut und will. Es sei nur an den überflüssigen

Elekrostreit zwischen Preußen und dem Reich erinnert, von dem das Privatkapital, auch Herr Bögl, den Vorteil hat. So sind die unterirdischen Einflüsse und Machtmöglichkeiten der Schwerindustrie sehr groß und ebenso unkontrollierbar, und wir wollen nur hoffen, daß die Aufmerksamkeit der Regierungen und die Kontrolle der Öffentlichkeit früh genug auf dem Posten sind, um größeren Schaden zu verhindern. Von einer kalten Sozialisierung zu sprechen, ist zwar in den meisten Fällen verfehlt. Aber es gibt auch eine sehr fleißig und nachhaltig geübte kalte Privatisierung, bei der es sich im öffentlichen Interesse lohnt, rechtzeitig die Augen offen zu halten.

Die Maschinenindustrie steht gut.

Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten.

Im allgemeinen blieb die Lage der deutschen Maschinenindustrie im August, der zumeist ein geschäftsfreier Monat ist, unverändert. Der Auftragsbestand aus dem Ausland blieb gleich, derjenige aus dem Inland gab geringfügig nach, was aber wohl schon im nächsten Monat ausgeglichen sein dürfte, da der Eingang von Aufträgen aus dem Inland sich etwas gehoben hat. Das wieder einsetzende gute Wetter wirkte günstig auf den Absatz der Landmaschinenindustrie und der Baumaschinenindustrie. Die Textilmaschinenindustrie ist weiterhin gut beschäftigt, ebenso der Motorenbau. Auch im Bau von Kranen und Hebezeugen sowie von Transportanlagen ist die Beschäftigung gleichbleibend günstig.

Für die Maschinenindustrie trifft nach der Reinigung des VDM die in letzter Zeit gelegentlich der Erörterung der Inlandkonjunktur ausgesprochene Behauptung, daß man Gefahr laufe, den Auslandsmarkt über dem Inlandsgeschäft zu vernachlässigen, nicht zu. Nach den amtlichen Ausfuhrzahlen hob sich die Maschinenausfuhr vom Februar 1925 von 47 Millionen Mark in langsamem Aufstieg auf 83 Millionen Mark im März 1926. Dann aber erlitt die deutsche Maschinenausfuhr ähnlich wie die englische einen schweren Rückschlag. Innerhalb von fünf Monaten wurde sie bis auf 55 Millionen Mark im August 1926 zurückgeworfen, um hierauf von neuem innerhalb von zwölf Monaten auf 83 Millionen Mark zu steigen. Danach weist die Ausfuhrziffer (die letzte bekannte Zahl) für den Maschinenbau wieder den höchsten Wert der Nachkriegszeit auf.

Der Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages wurde innerhalb der Maschinenindustrie sehr begrüßt. Das Ergebnis des Handelsvertrages könne, wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt worden seien, für die Maschinenindustrie als ertragreich bezeichnet werden. Auch dürfe die allgemeine Bedeutung des Abschlusses gerade dieses Handelsvertrages nicht übersehen werden.

Die Standorte der Tuchindustrie.

Die Rationalisierung in der Textilindustrie.

Der Verlag der Zeitschrift für Textilwirtschaft „Deutsche Konfektion“ hat anlässlich der Jahrestagung des Reichsbundes für Herren- und Knabenkleidung eine Zeitschrift herausgegeben, aus der wir einige interessante Feststellungen über die Standorte der Tuchindustrie wiedergeben wollen.

Die Gesamtzahl der in Deutschland befindlichen Fabriken beträgt 1160, die sich auf rund 230 Standorte verteilen. Auf jeden dieser Industrieorte entfallen im Durchschnitt fünf Betriebe. Von der Provinz Brandenburg wird dieser Durchschnitt mit 18,6 Betrieben weit übertraffen. Ihr folgen an zweiter Stelle die Rheinprovinz mit nur 6,6 und Thüringen mit 6 Betrieben auf den einzelnen Industrieort. Auch in der Gesamtzahl der Tuchfabriken steht Brandenburg mit 442 Betrieben, also fast 40 Proz., weitaus an führender Stelle. Bei dieser rein zahlenmäßigen Gruppierung ist allerdings zu beachten, daß diese noch kein Urteil über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Produktionszentren zuläßt. Es ist jedoch anzunehmen, daß auch in diesem Fall die Provinz Brandenburg einschließlich Groß-Berlin an erster Stelle steht. Innerhalb Brandenburgs bildet die Niedersaale mit insgesamt 404 Betrieben das Hauptzentrum der Tuchindustrie. In Cottbus sind von 52.000 Einwohnern über 7.000 in der Tuchindustrie beschäftigt, in Guben von 41.000 Bewohnern über 2.500, und in Spremberg, das nur 13.000 Einwohner zählt, etwa 5.000 Personen. In der Hochburg der Tuchindustrie, Jork, übersteigt die Zahl der in 264 Tuchfabriken Beschäftigten mit 13.000 Personen ein Drittel der gesamten Einwohnerschaft. Hier, wie in Spremberg, wird eine große Anzahl Arbeitskräfte vom flachen Lande gestellt. Insofern überwiegt die Zahl der in der Tuchfabrikation tätigen Arbeiter und Angestellten in der Niedersaale mit 30.000. In den übrigen Provinzen sind als Produktionszentren zu erwähnen: in der Rheinprovinz Wachen mit 140 und Wittenberg mit 43 Betrieben, im Freistaat Sachsen Krimmitschau mit 34 und Reichenbach mit 25 Betrieben, in Schlesien Grünberg mit 17 und Göritz mit 11 Betrieben, in Hannover Bramsche mit 15 und in Schleswig-Holstein Neumünster mit gleichfalls 15 Unternehmungen.

In der gleichen Zeitschrift nimmt der Reichstaatsabgeordnete Senoffe Krätzig, der Textilarbeiter ist, zur Rationalisierungsfrage in der Textilindustrie in scharfer und treffender Weise Stellung. — Die Stärke der deutschen Textilindustrie habe stets in der Spezialisierung gelegen. Daher seien der Normung und Typisierung der Produkte zu Rationali-

PROBLEM-QUALITÄTEN

werben ohne Überredung für sich selbst.

- Moslem 3 1/2
- Moslem extra 4 1/2
- Flanke gold 4 1/2
- Arena " 5 1/2
- Box " 6 1/2

ZIGARETTENFABRIK „PROBLEM“ BERLIN

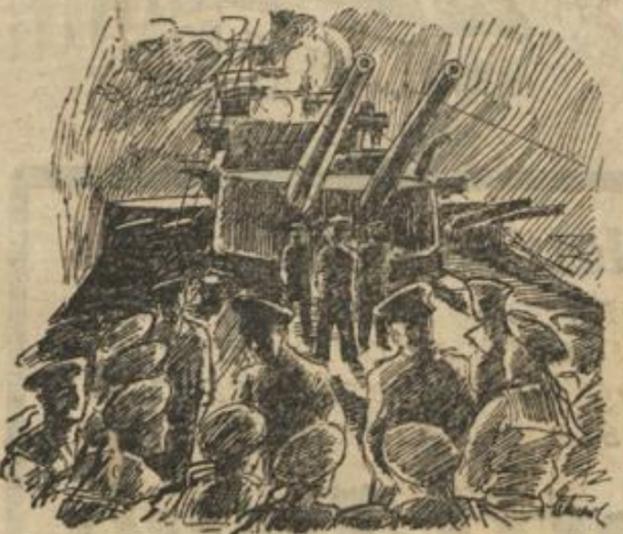


An Bord der „Nassau“ 1918

Tagebuchnotizen eines Kaisers.



In der Dunkelheit, die nur ganz schwach durch das ungewisse Licht der anderen Schiffe durchbrochen ist, rufen die Deckoffiziere, die unter den Leuten verteilt stehen: „Alles nach Steuerbord! Leute macht keinen Unsinn, bedenk, was auf dem Spiele steht!“ und drängen und schieben nach Steuerbord. Zwar hört man einzelne Ausrufe: „Nach Backbord“, doch werden die von den Deckoffi-



zieren überschrien. Die Leute, die ohnwillig über den Kommandanten urteilen, sind sich wohl der Gefahr bewußt, in der sie schweben. Zum Schluß steht denn alles zwar nicht Steuerbord, aber doch so, daß es so aussieht.

Nachdem unser Kommandant die Leute so auf Steuerbordseite hatte, rief einer der Offiziere: „Drei Hurras für unseren Kommandanten, den Kapitän z. S. ...!“

Der Kommandant erhielt seine drei Hurras und fuhr fort: „Leute, ich danke euch. Ich habe gewußt, daß meine Leute treu sind. Mit diesen drei Hurras habt ihr mir bewiesen, daß ihr treu zu mir halten wollt und unsere geliebte Kriegsflagge nicht in den Schmutz ziehen laßt. Darum wehe euch!“ — wobei er sich nach der Landseite wendete und drohend die Faust schüttelte. — „Mögen sie nun kommen!“

Nach dem Wegtreten wurden beide Kriegswachen und die Scheinwerferbedienung „Mar“ gepöfien. Allem Anscheine nach wollte unser Kommandant sich die Ausfahrt mit Gewalt erzwingen, erhielt jedoch vom Geschwaderchef den Befehl, nichts zu unternehmen. Trotzdem zogen die Kriegswachen und die Scheinwerferbedienung auf. Da ich ebenfalls Scheinwerfernummer hatte, konnte ich die Vorgänge an diesem Abend ziemlich genau beobachten.

Kurze Zeit, nachdem ich aufgejogen war, wurde die Landseite von „Ostfriesland“ und „Oldenburg“ — beide lagen auf der anderen Seite des Kanals — abgesehen. Anfangs schwächelte zog eine große Menge bewaffneter Matrosen von den verschiedenen Schiffen außer uns vor „Ostfriesland“. Hier stellten sie dem Geschwaderchef ihre Forderungen, die dieser auch annahm. „Hosen“ war mit halber Befähigung durch die Schleuse gekommen, während sich der Rest der Leute unter der Menge befand. Nach Annahme ihrer Forderungen durch den Geschwaderchef zogen sie unter den Klängen des Liedes: „Ich hatt' einen Kameraden“ weiter, wahrscheinlich in Erinnerung an die verhafteten Kameraden von „Heigoland“ und „Thüringen“. Wie beobachtet wurde, führten die Leute an Land Geschütze mit.

Am nächsten Morgen nach dem Wachen wurde von „Ostfriesland“ ein Winkspruch an uns abgegeben auf Veranlassung des Soldatenrats: „Alle Mann, außer der Division, der Wahe und der Heizerwache sich umziehen in Blau und an Land gehen zur Versammlung!“

Die Gewalt war demnach auf „Ostfriesland“ und den anderen Schiffen an den Soldatenrat übergegangen.

Der abgegebene Winkspruch wurde durch den Signalpost weitergegeben, worauf sich alles ansog, um an Land zu gehen. Nach kurzer Zeit kam unter den Klängen der Musikkapellen ein großer geordneter Zug mit mehreren roten Fahnen vor unser Schiff. Die Teilnehmer des Zuges, bestehend aus Matrosenartillerie und den Befehlungen der übrigen Schiffe, brachten drei Hurras für unsere Kameraden auf der „Nassau“ aus, die von unseren Leuten erwidert wurden.

Währendem hatten sich schon unsere Leute darangemacht, die abends zuvor weggeschleppte schwimmende Brück wieder anzuhängen. Nachdem dieses geschehen, kamen zwei Mann mit roter Binde an Bord und forderten uns auf, sich ihnen anzuschließen. Zum Verständnis hat einer von ihnen eine Ansprache an uns und legte auch dem inzwischen erschienenen Kommandanten unsere Forderungen vor. Wiederholt wies er darauf hin, daß man keinen Alkohol trinken und Ruhe und Ordnung bewahren müsse. Die Waagen wurden aufgefördert, den Dienst genau wie zuvor weiter zu versehen und Posten vor die Speisefasten und Munitionskammern zu stellen. Als Hauptsache stellte er noch hin: „Wir müssen vor allen Dingen kriega- und geschäftig bleiben, nicht etwa zum Angriff, sondern zur Verteidigung unseres Vaterlandes, wenn es nottut.“

Die Offiziere erhellten auf ihre Frage, was mit ihnen werden solle, zur Antwort: sie mögen ihren Dienst weiter versehen unter Aufsicht des Soldatenrates.

Die Forderungen waren folgende:

Gleiches Essen für Mannschaft und Offiziere, gleiches Recht, Einleitung einer Bestrafungskommission, die nach dem Befehl der Menschlichkeit und nicht nach dem toten Buchstaben richten solle.

Fortfall der Grupppflicht an Bord wie an Land.

Regelung der Kantinenüberschüsse.

Beseitigung von unnötigen Posten und Arbeiten.

Regelung der Urlaubverteilung.

Freilassung sämtlicher Arrestanten außer denen, die wegen Diebstahls in Arrest sind.

Der Kommandant erklärte, seinetwegen brauche es für Offiziere keine besondere Kost, keine besonderen Getränke, Wein und dergl. zu geben. Er sei einverstanden, wenn ihm nicht die Schande angetan würde, daß an Bord seines Schiffes die rote Flagge gesetzt würde; er sehe voraus, daß es bei uns wie in Russland ginge. Ihn wurde erwidert, daß die Kriegsflagge einstweilen bleiben solle und wir im übrigen keine Revolution, sondern lediglich unsere Menschenrechte wollten. Ausshreitungen würden standrechtlich verurteilt werden. Die Offiziere wurden aufgefordert, mit zur Versammlung zu gehen. Die feemännlichen Unteroffiziere, die sich bisher sehr zurückhaltend gezeigt hatten, folgten jetzt der ihnen gegebenen Weisung und piffen aus: „Alles Gewehre und Munition empfangen!“

Nachdem dieses geschehen, schlossen sich unsere von Bord gehenden Leute dem Zuge an, während die Offiziere langsam folgten. Ich selbst mußte als zur Heizerwache gehörend an Bord bleiben.

Das Gelände, auf dem die Versammlung abgehalten wurde, wurde, wie ich von Bord aus beobachten konnte, ständig von berittlenen Matrosen abpatrouilliert. Mittags lehrte alles an Bord zurück, um nachmittags wieder zu gehen. Im Laufe des Nachmittags wurden einige 40 Mann Infanterie an Bord gebracht, die unsere Leute unterwegs abgefangen hatten. Einer von ihnen erzählte mir später folgendes: „Wir wurden von Heide aus verladen, um in einem umliegenden Orte Ordnung zu schaffen. Als wir jedoch in einen Panzerzug verladen wurden, merkten wir erst so recht, was los war. Der Zug wurde durch Ziehen der Rotbremsen zum Stehen gebracht. Auf gütliches Zutreden gelang es dem Hauptmann, uns zum Einsteigen bis nach einem bestimmten Bahnhof zu bewegen, damit die Strecke frei würde. Da wir der Sache nicht mehr trauten, begaben sich zwei Mann mit auf die Maschine. Unterwegs wurden wir von euren Leuten aufgehalten und hierher gebracht. Die Infanteristen hatten also gegen uns vorgehen sollen. Die übrigen Infanteristen, im ganzen eine Kompanie, waren auf die anderen Schiffe verteilt. Unsere Leute erzählten später, daß sie, falls die Infanteristen gegen uns vorgegangen wären, ohne weiteres den Zug in die Luft gesprengt hätten. Es war sich eben alles klar, daß das Begonnene auch durchgeführt werden mußte, wenn wir unseren Kopf lieb hatten.“

Im Verlaufe der nächsten Sitzung, die abends stattfand, erklärten die Leute von der Matrosen-Artillerie-Abteilung, sie hätten Funkgespräch bekommen, wir würden keinen Proviant bekommen, weder von Kiel, noch von Cuxhaven, wenn wir die rote Flagge nicht setzten. — Wir hatten zu der Zeit noch sieben Brote an Bord. — Da wir dem Glauben schenken und schenken mußten — bei uns war z. T. ausgeschaltet — blieb uns weiter nichts übrig, als den Beschluß zu fassen, die rote Flagge zu setzten. Noch während der Verlesung kam die Alarmnachricht: „Die Offiziere haben sich geäußert. Sie wollten das Schiff in die Luft sprengen, falls die rote Flagge gesetzt wird und auf „Ostfriesland“ haben sich die Offiziere verbarrikadiert!“



Es wird kurz nach 11 Uhr abends gemeldet sein, als ich noch werde. Heber mir ist ein Rennen und Laufen wie bei „Alle-Mann-Mardör“. Ich lehre hoch und sehe mich um: „Was ist denn los?“ rufe ich. „Mensch, schnell raus, der Raften wird gesprengt!“ schreit mich der lange Berliner an, der mich wachgerüttelt hat. „Was ist los?“, „Die Offiziere wollen sprengen!“ Im Nu bin ich aus der Hängematte raus, Strümpfe und Hufe an und renne durchs Deck,

unter den hochhängenden Hängematten durchstreichend, über die tiefer hängenden hinwegspringend. Am Ausgang von unserem Wohndeck steht einer am Spind und stopft sich Verschiedenes in die Taschen. „Was ist los, du bist ja in erster Garnitur?“ „Die Offiziere wollen sprengen, mach daß du raus kommst!“ Deht war ich überzeugt. Im Sturmschritt geht es ins Zwischendeck. Schon im Laufen suche ich die Schlüssel für die betreffenden Spinden heraus, stürze mich ebenfalls in Blau, Seestiefel an; schnell nach die Taschentuchte und Briefstasche sowie ein weißes Taschentuch zu mir gesteckt, und dann hoch, an Oberdeck. Auf der Back ist zunächst niemand zu sehen. Ich laufe weiter, über das Mitteldeck auf die Schanze. Hier läuft alles durcheinander. Einer ruft: „Alle Mann, die Gewehre haben, nach achtern!“ Neben mir taucht jemand auf, ein Paket in der Hand, mit Werksachen, die er jedenfalls nicht ablaufen lassen will. „Mann,“ höre ich ihn rufen, „jetzt habe ich meinen Geldbeutel unten in der Eismaschine liegen lassen.“ Wirft sein Paket hin und klettert wieder nach unten. Deht heißt es: „Alle Scheinwerfer klar?“ Da ich, wie gesagt, Scheinwerfer-Nummer habe, klettere ich an der eisernen Steigleiter hoch, probiere und klettere sofort wieder runter — die Scheinwerfer funktionieren nicht. „Hallo“ denke ich, „haben die Herren hier schon gearbeitet?“ Ich laufe wieder hinunter ins Zwischendeck zu den Scheinwerfer-Nummern hin, um nachzusehen, ob die klar sind — immer mit dem Gedanken: „Kommst du vor dem In-die-Luft-Gehen noch mal an Oberdeck oder ist es das Letzte.“ Bei



dem Gedanken bin ich unwillkürlich zu Hause, denke an Eltern, Geschwister, Braut; heiß steigt es in mir empor, würgt mit in der Kehle. Deht bin ich bei den vorderen Nummern angelangt, sehe hin; die laufen. Ruck nach achtern hin. Ich mache die Tür auf, die laufen — nein, einer nicht. Beim Kniffeln kommt mein Nestor-Obermoat hinzu. „Obermoat, die vorderen laufen laufen auch die Backbord achtern?“ „Ja, die habe ich eben angestellt, raus jetzt!“

Wieder oben angelangt, sehe ich mich um. Lächer Aufen, Hin- und Herrennen nichts Besonderes. Deht ruft wieder einer: „Scheinwerfer klar?“ „Augenblick!“ Wieder bin ich oben am Scheinwerferstand, halte ein. „Brennen!“ rufe ich hinunter. Unter mir, am unteren ohteren Scheinwerferstand, ruft jemand hoch: „Wenn ich unten einschalte, wird auch oben geleuchtet!“ „Gut.“ Jetzt kommen auch die wiederholt gepöfien Matrosen der Scheinwerferbedienung, stellen sich hin und rühren keine Hand. „Wollt ihr nicht anziehen?“ frage ich bei einem. Er glökt mich an, laßt mit den Händen nach dem Scheinwerferbezug und läßt wieder los, ohne abzulegen; mußte wahrscheinlich nicht, ob er hinunterspringen sollte oder oben bleiben. Ich reiße den Bezug selbst herab. Blöchtig leuchtet der untere Scheinwerfer auf. Schon brennt auch meiner. „Nach achtern leuchten!“ wird von unten gerufen. Die Scheinwerfer liegen herum, nach hinten, die Schanze beleuchtend. Da kommen eben ein paar Offiziere den Niedergang hoch. Den einen erkomme ich; es ist unser leitender Ingenieur. Das Licht der Scheinwerfer fällt ihm voll ins Gesicht. „Höher leuchten!“

Bei der hellen Beleuchtung ist jetzt zu erkennen, daß neben dem achtern Niedergang ein Maschinengewehr aufgestellt ist. Die Offiziere sind alle hochgetanzen und müssen sich an Land begeben, immer verfolgt von dem Lichte der Scheinwerfer. An Land werden die Offiziere aufgefordert, sich zu ordnen. Blöchtig ruft jemand: „Alles hinlegen!“ Alles wirft sich hin und reißt das Gewehr in Anschlag. Ich sehe, wie ein Teil der Leute, die sich an Land befinden, ebenfalls tnen und anlegen. Die Situation ist so, daß die an Bord befindlichen Leute sich dem Lande zuehren, während die an Land befindlichen sich uns zugewendet haben. Was ist denn nun los? denke ich. Wollen die auf uns schießen?, reiße den Scheinwerfer herum und leuchte das Gelände ab. Weiter nichts zu sehen als sich mit großen Sprüngen entfernende Leute. Unten pfeift jetzt einer: „Das Geräusch, daß sich der Kommandant erschossen hat, ist nicht wahr. Es ist ein Gewehr umgefallen und hat sich entladen!“

Die auf allen lastende Spannung löst sich; die Offiziere müssen geschlafen und unter Bewachung nach Brunnhöfien abmarschieren. Der Bootsmaat pfeift: „Alor bei Hängematten!“ Ein Aufatmen; jetzt kann man wenigstens in Ruhe schlafen. Ich hätte Wahe von 12 bis 4 Uhr gehabt und muß noch bis 4 Uhr auf E-Station.

(Schluß folgt.)

